

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 18.

Sonntag, 11. Februar.

1877.

Verrückte Schwärmerci

nannte Graf Eulenburg in der Sitzung des preussischen Landtags vom 6. d. die sozialdemokratische Bewegung. „Wenn wir nicht bei Zeiten der Ausbreitung dieser verrückten Schwärmerci entgegenzutreten, so werden wir mit Klinte und Säbel endigen.“ Wir? Wer? Das Wort ist vielleicht wahrer, als der Sprecher ahnt. Wir sehen aber, der Mann ist sich trenn geblieben. Die Klinte schießt, der Säbel haut! — das ist noch immer sein „legter Grund“, ja sein einziger. Freilich, es scheint ihm aufzubämmern, daß die Sache doch nicht so einfach ist, wie er sich eingebildet, und der Wunsch, den er äußerte, seines Amtes bald entboden zu sein, ist unzweifelhaft dem Gefühl (von Erkenntnis läßt sich da nicht reden) entsprungen, seinem Amte nicht mehr gewachsen zu sein.

Nicht ganz frei von Bewußtsein ist, was er bezüglich seiner famosen Reichstagsrede sagte, an die er von Schröder-Lippstadt erinnert worden. Wir lassen die ganze Stelle nach dem Bericht der „Vossischen Zeitung“ hier folgen:

„Der Vordredner (Schröder-Lippstadt) hat — ich weiß nicht, ob er Mitglied des Reichstags war (allerdings!) — sich gegen das gewandt, was ich im vorigen Jahre über die Sozialdemokratie vorzubringen Gelegenheit hatte. Entweder ist er nicht anwesend gewesen, oder hat nicht gelesen, was ich gesagt habe. Niemals ist es über meine Lippen und in meine Gedanken gekommen, die Sozialdemokraten als ein zusammengelaufenes Gefindel anzusehen, welches nichts anderes verdient, als mit Säbel und Schießgewehr behandelt zu werden. (Rufe im Centrum: die Klinte schießt! der Säbel haut!) Was ich damals sagte, hatte eine Bedeutung, die heute vielleicht schon in einem ansprechenderen Bilde (!) erscheinen mag, als sie damals allgemein aufgenommen wurde. (Aha! Verstanden, Ihr Herren Nationalliberalen?) Ich führte damals aus, daß die Sozialdemokratie, ursprünglich vielleicht von ganz berechtigten sozialen Forderungen ausgehend, sämtliche Institute des Staates, des monarchischen sowohl, wie jedes Staates überhaupt, aufheben will von Grund und Wurzel aus, und etwas Neues aufzubauen die Absicht hat, wozu kein Mensch (soll heißen: Graf Eulenburg) nicht in seinem Gehirn sich eine Vorstellung machen, und was nur immer als allgemeines Ideal aufgestellt werden kann. Ich habe gesagt, darin liegt die Gefahr, und wenn wir nicht bei Zeiten der Ausbreitung dieser verrückten Schwärmerci entgegenzutreten, so werden wir mit Säbel und Klinte endigen. Dies war meine Deduktion, und bei dieser Deduktion muß ich um so mehr bleiben, wenn ich sehe, wie sich die Sachen entwickelt haben. Behandelte wir doch diese Frage nicht so mit einzelnen Schlagwörtern oder glauben wir nicht, daß wir über dieses Schauspiel, das sich vor uns entwickelt, so mit leichter Mühe hinwegkommen werden! Die Frage liegt ungeheuer tief (also doch!), sie ist ein wirklicher Schaden unserer sozialen, staatlichen und parteilichen Zustände. Ich glaube, daß die Sozialdemokratie sich nicht herausgebildet hätte, wenn sie nicht ihren Ursprung geschöpft hätte aus anderen Parteien (Rufe: Namen!), deren Essenzen als Gift auf sie herabgeträufelt sind. (Weiterkeit.) Es ist mir gesagt worden von Seiten der Fortschrittspartei, ich sei der eigentliche Schöpfer der Sozialdemokratie, ich hätte sie vor sechs bis sieben Jahren nicht genug unterdrückt. Nun gut! Das ist eine Behauptung, die ich für absolut unrichtig halte, die aber auch nicht den geringsten Anlaß sonst gefunden hat. Aber dabei bleibe ich stehen; wir sind dieser Bildung in unserem Staatsleben gegenüber zu der äußersten Vorsicht verpflichtet, und wozu noch mehr? Zum Zusammenschluß aller derjenigen Elemente im Staate, welche berufen und stark genug sind, den Staat als solchen, den monarchischen Staat, den christlichen (Ruf im Centrum: Kulturkampf!) aufrechtzuerhalten und gegen seinen Umsturz zu schützen. Glauben Sie nicht, daß Sie durch Ihre ewiges Rütteln an der Rechtsbeständigkeit (ordnungsmäßig) zu Stande gekommener Gesetze, durch den ewigen Vorwurf, wir sanden am Kulturkampf Freude und Leben, und durch diese fortwährende Erregung der Gemüther auf einem Felde, was ja so leicht zugänglich ist, — glauben Sie nicht, daß Sie auch den Sozialdemokraten die Wege bahnen?“ (Unruhe im Centrum.)

In diesen „Deduktionen“ des Grafen Eulenburg ist nur Eins klar: nämlich daß der Graf Eulenburg nicht klar ist. In einem Athem sagt er: die soziale Bewegung ist „eine verrückte Schwärmerci“ und: die soziale Bewegung „liegt ungeheuer tief“, sie ist ein „wirklicher Schaden“ — was doch wohl aus großem in proletarischen Deutsch überfest heißt: sie entspringt einem wirklichen Schaden —; warnt vor „Schlagwörtern“, er, der selbst auf das böse Schlagwort von der „verrückten Schwärmerci“ verfallen, und giebt sich die komische Mühe, den Ursprung der Sozialdemokratie, den er soeben in wirklichen Schäden gefunden, „aus anderen Parteien“ herzuleiten, „deren Essenzen als Gift auf sie herabgeträufelt sind“, und seine eigene Unschuld an der sozialdemokratischen Bewegung zu betheuern. Wir gehen ohne Weiteres über diesen großartigen Galimatias hinweg, lassen den unglücklichen Staatsmann in dem Morast des Kulturkampfes zappeln, und beschäftigen uns nur mit der „verrückten Schwärmerci“. Ist der Herr Graf sich der Tragweite, des Inhalts dieses Ausdrucks bewußt? Zugegeben, der Sozialismus sei eine „verrückte Schwärmerci“, hat der Herr Graf nicht gelernt, daß die moderne Wissenschaft über die alte Blut- und Eisenkur für „verrückte Schwärmerci“ — einmüthig den Stab gebrochen, dagegen diejenigen, welche noch an die Blut- und Eisenkur glauben, als Opfer „verrückter Schwärmerci“ gekennzeichnet hat? Was würde der Herr Graf dazu sagen, wenn seine Heilmethode in den preussischen Irrenanstalten wieder eingeführt würde? (Wanz ist sie wieder noch nicht aus denselben

verhundert!) Doch, wer weiß! Das will er vielleicht: die Million deutscher Sozialisten — denn so stark sind wir mindestens, wenn wir die Männer, die jetzt das Wahlrecht nicht haben, zu den sozialistischen Reichstagswählern hinzurechnen — die Million „verrückter Schwärmer“, wird in Irrenhäuser gesperrt und parirt sie da nicht Ordre, dann kommt das „Klinte-schießt, Säbel-haut“-Rezept in Anwendung. Meinen Sie's so, Herr Graf? Doch nein, Sie haben gar nichts gemeint, Sie waren viel zu verwirrt, um etwas Bestimmtes gemeint haben zu können.

Aber Ihr neues geflügeltes Wort bleibt. Die „verrückte Schwärmerci“ wird Ihnen anhaften, so lange Ihr Name genannt werden wird, das Wort werden Sie nie los, so wenig wie jenes andere Wort, das Sie so gern abwachen möchten, als wäre es das brennende, anklagende Blut eines Ermordeten.

„Verrückte Schwärmerci“, sagt der Graf, „verbrecherische Thorheit“ sagt der Fürst. Wem der beiden „genialen“ Staatsmänner gebührt die Palme?

Sehen wir nur zu, was die „verrückte Schwärmerci“, die „verbrecherische Thorheit“ ist.

Wir durchblättern die Zeitungen eines Tags.

„Kosel, 2. Februar. In dem von hier eine halbe Stunde entfernten Dorfe Dembowo herrscht seit voriger Woche der Fleckentypus (Hungerthypus).“

„Waldenburg, 1. Februar. Unsere sozialen Verhältnisse gestalten sich immer besorgnißerregender; unheimliche und doch gefaltige Gestalten durchziehen die Straßen; die Bettlei ist auf eine enorme Höhe gestiegen; Alles klagt über Arbeitslosigkeit und bitteres Elend; die Steuerlast ist aufs Höchste gespannt; außer den circa 400 Arbeitern, die durch Ausblasen des Hochofens in der Eisenschmelze brotlos geworden sind, giebt es noch eine bedeutende Zahl von Vergleuten, die wegen des schlechten Kohlenabjages entweder ganz entlassen, oder doch in ihrem Verdienste so geschwächt sind, daß sie die notwendigen Ausgaben für Miethe und Lebensbedarf nicht zu bestreiten im Stande sind; überall Noth, Klagen und bittere Unzufriedenheit; wir gehen einer schrecklichen Zukunft entgegen.“ (Germania.)

„Aus Westphalen, den 5. Januar. Die Zahl der arbeitslos und somit brotlos werdenden Arbeiter wächst hier von einem Lothung zum andern; so wurde im Laufe voriger Woche nicht weniger als 1227 Vergleuten gelündigt. (Siehe Germania 100, Ber. Dorfsfeld 80, König Wilhelm 200, und auf zwei Fachen wird der Betrieb zum 15. d. ganz eingestellt werden —, Siehe Witwe, zu Louise-Niesbau gehörig, mit 300, und Siehe Nordstern mit 547 Mann Belegschaft —, so daß auch die Beamten entlassen werden müssen. Im ganzen Oberbergamtsbezirk Dortmund wird die Zahl der im verflohenen Monat entlassenen und im laufenden noch zur Entlassung kommenden Vergleuten rund auf 6000 geschätzt, und daß diese Angabe nicht übertrieben sein wird, dafür zeugen obige Daten. Kaum besser daran sind noch die in Arbeit Bleibenden, da sie nur mit halber Kraft in Anspruch genommen werden und es somit in der Regel nicht über 30 bis 45 oder 50 Mark vierzehntägigen Verdienst zu bringen vermögen — ein Satz, der bei hiesigen Verhältnissen durch das Sprichwort: „Zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig“ treffend charakterisiert wird. Die Folgen sind jetzt schon: Zurückziehung etwaiger Sparanlagen aus den bezüglichen Kassen, der Verkauf etwaiger kleinen Grundbesitze, für die Sparkassen die Nothwendigkeit, ihren conservativen Charakter aufzugeben und bei Grundstücksversteigerungen selbst das Gebiet der Spekulation zu betreten und die betreffenden Besitzungen meistens zu allerdingst spottbilligem Satze zu erwerben, um mit ihren hypothetisch begründeten Forderungen nur nicht auszufallen, und endlich zunehmende Unsicherheit von Person und Eigenthum. Sie werden sagen, das ist stark aufgetragen, aber es ist nur wahrheitsgemäß; die Provinzialblätter berichten zahlreich darüber und bleiben unwiderlegt.“ (Weber-Zeitung.)

„Aus Franken, 4. Februar. Ueber den Nothstand unter der Weberbevölkerung des Voigtlandes berichten die dorthin entsandt gewesenen Regierungscommissäre, Herr Medizinalrath Dr. Berr und Regierungsrath Dr. Papellier, grauenhafte Dinge. Da die Regierungscommissäre auf die ihnen gestellte Aufgabe nur zwei Tage verwenden konnten, so ist es selbstverständlich, daß ihre Beobachtungen, welche durchweg ganz persönliche sein sollten, sich nur auf wenige Ortschaften erstrecken konnten. Die amtlichen Nachrichten sowohl, als die aus den Correspondenzen oberfränkischer Zeitungen erinommenen, veranlaßten sie, direkt nach Hof und von da in Begleitung eines Bezirksamtmannes sofort nach dem 1143 Seelen zählenden Orte Leupoldsgrün, ungefähr zwei Stunden von Hof, zu fahren. Sie beschäkten hier an 20 Weberfamilien, indem sie von den ihnen als ärmste bezeichneten zu den minder hilfsbedürftigen und den noch gut situirten aufstiegen gedachten. Der Schluß, welchen sie sich aus diesen Besuchen, aus dem Betrachten der Wohnräume, dem Auspähen der Nahrungsvorräthe, den Besprechungen mit den Familienangehörigen und den Befragungen oder Verordnungen der Vorstände der Gemeinde und der Armenpflege zogen, war der, daß in diesem Orte zwar eine Anzahl hilfsbedürftiger Familien befindlich sei, Familien, welche schon seit Wochen nicht mehr die frühere ohnehin zum Aushalten längliche Nahrung haben und von Tag zu Tag tiefer im Elende sinken, daß aber für sie die örtliche und weiterhin die Distriktsarmenpflege genügende Hilfe schaffen könne (?), da ihre Zahl im Verhältnis zu den in besseren Verhältnissen befindlichen Familien erhellet die Commissäre von dem zufällig nach Leupoldsgrün gekommenen Bürgermeister von Konradreuth. Konradreuth ist ungefähr drei Viertelstunden von Leupoldsgrün entfernt und bedeutend größer als dieses. Es hat 1784 Einwohner. Der Besuch schon der ersten Häuser überzeugte die Commissäre, daß hier ein viel, viel traurigerer Zustand bestehe, als in Leupoldsgrün. Die Physiognomie der Familien im Allgemeinen war freilich dieselbe, wie die der ärmsten dort: In einem meist geräumigen und gut gehaltenen Zimmer der leerstehende oder gar schon zusammengelegte Weibstuhl, eine große, augenscheinlich nicht bloß für Mann und Frau, sondern auch für alle Kinder bestimmte, nur mit Lumpen oder höchstens einigen Resten von Bettstücken angefüllte Bettlade, nicht überall ein Tisch, selten mehr als ein Stuhl oder Schemel an der Wand, freilich nicht überall, das Schüsselbrett mit bemalten und sauber gehaltenen Tellern und Tassen. Der Vater in der dürftigsten Kleidung barfuß am Ofen stehend, die Mutter auf dem Schemel hockend, Lumpen auf Lumpen sitzend, oder das jüngste Kind in der Hängemattenwiege schaukelnd. Die anderen Kinder, selten weniger als drei, häufig mehr als vier, theils auf dem Arm des Vaters, theils in der Bettlade oder auf dem Stubenboden kauend. Eine recht traurige Verschiedenheit von der Situation in Leupoldsgrün bestand darin, daß bei den Armen in Konradreuth die Stuben meist kalt, nirgends genügend warm waren, während dort mit ganz wenigen Ausnahmen die Temperatur keinen Mangel an Brennmaterial erkennen ließ. Diesem öden, kalten Aufenthalte entsprach die Stimmung der Bewohner, ihr Aussehen, die Mittheilung über ihre Ernährungsverhältnisse. In leise klagendem Tone, den nur manchmal die um ihre Kinder jammernde Mutter etwas stärker aufschlag, beantworteten sie die an sie gestellten Fragen. Die Erwachsenen um Vieles noch bleicher und abgehämter als das sonstige Aussehen der Weber, in fast allen Familien wenigstens ein krankes Kind, die jüngsten die deutlichen Spuren ungenügender Ernährung, die älteren die Spuren vorzeitiger und übermäßiger Anstrengung, nicht selten auch vernachlässigter Pflege in überhanden Krankheiten zeigend. Jammervoll waren die Ergebnisse der Ausforschung über die Arbeits- und Ernährungsverhältnisse. Die armen Leute hatten meist seit mehreren Wochen gar keine Arbeit mehr, nachdem sie Wochen hindurch vor dieser Zeit nur mit Unterbrechungen beschäftigt waren. Ihre Vorräthe an Kartoffeln, fast dem einzigen Nahrungsmittel aller armen Weber, waren bei den Einen schon ganz, bei den Andern bis auf einen geringen Rest ausgezehrt. Es wurden Fälle constatirt, daß die Familien eine volle Woche keinen Bissen Brod, nur Kartoffeln gegessen haben. Die Wassertöpfe wurden ohne jede Spur von Fett bereitet; eine Frau erwiderte auf eine desfallsige Frage des Regierungscommissärs, daß sie froh sein müßten, wenn sie nur das nothwendige Salz zum heißen Wasser der Brodsuppe haben. Die Commissäre konnten sich nicht erinnern, daß von den vielen Kindern, die sie in den ärmsten Familien angetroffen haben, eines ein Stück Brod in der Hand gehabt hätte, selbst den jüngsten, Schreienden wurde nicht eine Krüme zur Beruhigung gegeben. Denjenigen Familien gegenüber, welche ihre Kartoffelvorräthe bereits ausgezehrt hatten, lag die Frage nahe, wozu sie denn ihr und ihrer Kinder Nahrungsbedarf befriedigen. Hierauf erfolgte nach Bödern die Antwort, daß die Kinder „hinausgeföhrt“ (zum Betteln) würden, und daß der Mann, wenn er nach Hof hingingeh, um nach Arbeit zu sehen, „doch immer ein wenig was mit heimbringe.“ Und bei all dem Elend kein Wort des Unmuths, nur die Hoffnung auf Besserwerden, der Wunsch nach Arbeit. Ein Mann in mittleren Jahren, den einer der Commissäre mit der Ansicht der Fabrikanten in Hof, daß die schlimmste Zeit vorüber sei, tröstete, erwiderte: „Gott gebe es; es ist gar so traurig, wenn man keine Arbeit hat und den ganzen Tag seinen Weibstuhl so leer vor sich stehen sehen muß, es ist gerade, als wenn man ein schlechtes Gewissen hätte.“ Nicht der aus der Beschäftigungslosigkeit sich ergebende Verlust des Unterhaltes — der Mangel der lieb gewordenen Arbeit selbst war dem Manne für den Augenblick das Schmerzlichste. Ueberhaupt muß bemerkt werden, daß alle die Leute, von welchen hier die Rede ist, nach den bestmöglichen Versicherungen der Mitglieder der Gemeindeverwaltung brave, fleißige, nüchternen Menschen sind, die gerne auch jede andere Arbeit verrichten würden. Leider ist kein anderer Erwerbszweig gegeben, zu dem sie übergehen könnten, namentlich sind die wiederholt angestellten Versuche, bei dem Eisenbahnbau Beschäftigung zu finden, fehl geschlagen. Wenn auch hier und da ein Weber angenommen wurde, so wurde er noch ein oder zwei Tagen wieder weggeschickt, da sich seine körperliche Kraft durchaus ungenügend erwies. Solcher Familien, die in so großer Noth sind, befinden sich in Konradreuth 30 bis 40, eine Zahl, die immerfort aus der Reihe der jetzt noch um eine Linie besser Stehenden vermehrt wird. Ein großes Uebel ist es, daß in Konradreuth die edle Familie v. Staff-Keigenstein lebt, welche mit Rath und That den Armen hilft und insbesondere Tag für Tag kräftige Suppe verabreicht. Der Gesundheitszustand im Ganzen ist zur Zeit noch nicht besorgnißerregend, doch legt die bei so vielen Menschen bis auf's Aeußerste beschränkte Nahrung die Gefahr nahe, daß epidemische Krankheiten, namentlich der Hungerthypus, auftreten. Jetzt schon wird beobachtet, daß die Männer, welche immer wieder nach Hof gehen, um Arbeit zu suchen, von diesem sonst ja leicht zurückzuliegenden Wege und wohl auch von der Depression stets vereitelter Hoffnung so angegriffen werden, daß sie einen mit fieberartigen Erscheinungen verbundenen Schwächezustand zeigen. Die Commissäre reifen, nachdem sie in Konradreuth die für den Augenblick gebotenen Maßregeln getroffen und in Hof gemeinsam mit dem Bezirksamtmanne, mit Fabrikanten und Klergen über die weiter zu unternehmenden

Bestellungen

nehmen an alle Postämter und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Subskriptionen.

Rem-Paris: Eug. Demer, Genöffen-Verlagsbuchhandlung, 134 Klärliche Str.
Philadelphia: E. Gosh, 430 North 3rd Street.
J. Post, 1127 Charlotte Str.
Chicago: W. Panzermann, 296 Division Street.
San Francisco: J. Ong, 418 O'Farrell Street.
London: Baudig, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Schritte Verathung gepflogen hatten, noch in der Nacht nach Rünchberg, wo ihnen am andern Tage glücklicherweise über bessere Zustände berichtet wurde. Ein Dorf, nämlich Ahornberg (1149 Seelen), besuchten die Commissäre auch in diesem Distrikte, weil sie nach den ihnen gemachten Mittheilungen, die sie auch vollständig bestätigt fanden, hier ähnliche Zustände wie in Leopoldsdörfer voraussetzen mußten.

(Oberfränkische Zeitung.)

Genug! Das sind „grünliche“ Zustände, wird Jeder uns zugeben. Und wohlgerne: es sind Zustände, die sich nicht blos auf die hier erwähnten Verhältnisse beschränken, es sind Zustände, die aus allgemein wirkenden Ursachen, aus unserm gesammten Wirtschaftssystem entspringen, und folgerichtig nur durch Enttarnung der Ursachen gehoben werden können.

Wohlan — diese Ursachen entfernen, solch grünen Zuständen abhelfen wollen, das ist „verrückte Schwärmerei“, „verbrecherische Thorheit“.

Volk, urtheile! Volk, richte!

Begreifliche Unbegreiflichkeiten.

Unter die mit diesen Worten bezeichnete Kategorie gebürt unter anderen die Salzsteuer. Schon vor mehr als dreißig Jahren äußerte sich Liebig in seinen Chemischen Briefen folgendermaßen über dieselbe: „Die Salzsteuer ist die häßlichste, den Verstand des Menschen entehrende und unnatürlichste aller Steuern auf dem Continente; aus ihr sieht man, daß in dem Instinkt eines Schafes oder Ochsen mehr Weisheit sich kundgibt, als in den Anordnungen desjenigen Geschöpfes, welches selbstsam Weise häufig genug sich als das Ebenbild des Inbegriffs aller Güte und Vernunft betrachtet!“

Wie Professor Kopp in Gießen den Studenten bei seinen Vorlesungen über Krystallographie oft erklärte, daß er, durch Erfahrung belehrt, gar keine Kenntnisse bei ihnen voraussetze, so scheint es seinem Kollegen Liebig ähnlich gegangen zu sein, wenn er den Regierungen nicht einmal den Instinkt eines Schafes oder Ochsen zutraut.

Fallen muß die Salzsteuer früher oder später, und es wird auch hier wieder der deutlichste Beweis geliefert werden, daß einerseits aller Fortschritt auf sozialem Gebiete den regierenden Klassen abgerungen werden muß, und andererseits, daß das Wesentliche einer guten Gesetzgebung nicht nur im Fabrizieren von neuen Gesetzen besteht, sondern auch darin, anerkannten alten Unsinne zu beseitigen. Auch Robert Peel war einer der Letzten, die das Unheil der englischen Korngesetze einsehen, ein Unheil, das längst jedem englischen Arbeiter klar war, und der damaligen regierenden Partei gebührt blos das zweifelhafte Verdienst, die Aufhebung der Korngesetze hinausgeschoben zu haben, bis der Hunger vor der Thür stand. Das Salz, das einzige mineralische Produkt, das der Mensch zu seinem Unterhalt bedarf, liegt zu Millionen und aber Millionen Centnern oft in seltener Reinheit in der Erde vergraben; das war natürlich eine Goldgrube, die sich die Regierungen nicht aus den Händen nehmen ließen, denn Salz muß das ganze Volk haben, dabei muß etwas herauskommen, und sämtliche Salzbergwerke und Salzsoolen wurden für Eigentum der einzelnen Regierungen erklärt, das Monopol war damit eingeführt und ein Artikel, der — ich muß hier auf altes Geld zurückgreifen — höchstens einen Werth von dreißig Kreuzern per Centner hatte, wurde von den natürlich jederzeit um's Volkwohl besorgten Regierungen mit 4 1/2 bis 5 Gulden verkauft, und jetzt, nach Aufhebung des Salzmonopols, ist es um kein Zota besser geworden, denn den gleichen Betrag, um welchen damals jede einzelne Regierung das Volk überwortheilte, erhebt das neue Reich unter einer etwas delikateren Form, die man Steuer nennt. Man erhebt jetzt in Deutschland 6 Mark von jedem Centner Salz, der zum menschlichen Genuß dient, so daß dieser Artikel dem Staate die Kleinigkeit von über 33 Millionen Mark jährlich einbringt.

Sehen wir nun nach, wer eigentlich die Beche bezahlen muß. Physiologisch ist es längst erwiesen, daß pflanzenfressende Thiere zu ihrer Nahrung ein gewisses Quantum Salz bedürfen, welches die Fleischfresser meistens ganz entbehren können. Jeder weiß, wie begierig Rüge und Schafe an Allem lecken, was salzig schmeckt, und um dem Bauer die Haut nicht ganz über dem Kopfe zusammenzuziehen, hat man das Viehsalz unbesteuert gelassen; aber auch das liebe Vieh muß wissen, daß es eine fürsorgliche Allmacht giebt, die ihm Vermuth in sein Lieblingsgewürz hineinquackhalbert, da nach Vorschrift der Zollbehörde alles in den Handel kommende Viehsalz mit Vermuth und Eisenoxyd denaturirt, auf gut deutsch besudelt werden muß. Wo diese Denatur-

irung von den Zollbeamten gar zu gewissenhaft ausgeführt wird, da kommt es vor, daß das Vieh des bitteren Geschmacks wegen das Salz nicht mehr frisst und die Bauern genöthigt sind, ihren Kühen versteinertes Salz zu geben, oder, wie es noch häufiger zu geschehen pflegt, sie lösen das Viehsalz in Wasser auf, lassen den zur Denaturierung dienenden Schmutz absetzen und benutzen alsdann das reine Salzwasser nicht nur im Stall, sondern auch an Stelle des versteinerten Salzes in der Küche.

Seitdem die Fleischpreise eine für den Arbeiter unerschwingliche Höhe erreicht haben, seitdem ist die vegetabilische Nahrung bei ihm weitaus in den Vordergrund getreten, und hier ist es vor allem die Kartoffel, welche ihm an Quantum das Ersehen muß, was ihm der Geldbeutel an Qualität verweigert. Das muß der preussische Landtagsabgeordnete Herr v. Meyer aus Krauswalde ganz genau wissen, denn der jagte in der 5. Sitzung des preussischen Landtags, daß eine Familie mit jährlich 420 Mark ganz gut leben und auskommen könne. Sie edler Herr Bon mit zwei Dugend Aunen, probiren Sie es doch selbst einmal!

Die Kartoffelnahrung bedingt im Wesentlichen den Salzconsum. Der Reichsfinanzler, der sehr für Beibehaltung der Salzsteuer wie aller indirekten Steuern schwärmt, da, wie er sagt, das Reich nicht verarmen darf, sollte einmal folgendes Experiment an sich selbst anstellen. Er nehme eine gekochte Kartoffel von etwa 100 Gramm und salze dieselbe mit 5 Gramm Kochsalz; hierauf nehme er ein gleiches Gewicht gekochtes Ochsenfleisch, das er ebenfalls mit 5 Gramm Salz präparirt, und beim Verspeisen dieser beiden Portionen wird er finden, daß die Kartoffel eher noch etwas mehr Salz ertragen könnte, während das Ochsenfleisch schon total veralzen ist. Nimm er dann noch 5 eine Portion Ochsenfleisch, so wird er nahezu satt sein; aber bei der Kartoffel ruft der Magen: Immer mehr Kartoffeln her! immer mehr Salz her!

Natürlich wird man entgegenen: „Ja, die Arbeiter leben nicht blos von Kartoffeln!“ Nun, Ihr Herren vom Kapital, das wäre Euer größtes Unglück; wenn dies der Fall wäre, dann hättet Ihr bald keine Arbeiter mehr. Sagt doch Liebig schon, wenn ein Arbeiter sich vierzehn Tage lang ausschließlich von Kartoffeln nähren würde, so hätte er nach vierzehn Tagen nicht mehr die Kraft, seine Kartoffeln zu verdienen!

Es unterliegt daher keinem Zweifel mehr, daß das arme Volk weitaus den Vöthenanteil zu diesen 33 Millionen herbeischleppen muß, und hieraus allein wird auch das Unbegreifliche einer solchen Steuer begrifflich: die Herren am Ruder brauchen Geld, wollen aber die Beche für ihren Reichthum nicht selber bezahlen; sie besitzen die Macht und dikiren dem ganzen Volk die Gesetze, wobei sie selbst am besten wegzukommen suchen.

Bedanken werden wir uns nicht dafür, wenn einmal diese Steuer zu Hell gebracht sein wird, dagegen werden wir mit Humboldt sagen: „In Deutschland braucht man hundert Jahre, um ein Unrecht zu erkennen, und abermals hundert Jahre, um es zu beseitigen.“

Sozialpolitische Uebersicht.

— Unterstützungswohnsitz. Die „Nationalliberale Correspondenz“ schreibt: „Die gesetzgeberischen Aufgaben, welche den neuen Reichstag beschäftigen werden, werden in der Presse schon viel von sich reden. Unter Anderem wird eine Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes angekündigt. Dieselbe bildet bekanntlich einen Punkt des Programmes der „Steuer- und Wirtschaftsreformer“, welches jetzt freilich fast verschollen ist, im vorigen Sommer aber gewaltigen Rumor machte. Und in der That, wenn irgend eine der agrarischen Beschwerden eine gewisse Begründung hat, so ist es die hier in Rede stehende. Das Unterstützungswohnsitzgesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt kann den ländlichen Gemeinden allerdings einigen Grund zur Beschwerde geben. Nach seiner Bestimmung fällt der Unterstützungsbetrag derjenigen Gemeinde zur Last, in welcher er nach vollendetem 24. Lebensjahre zuletzt zwei Jahre ununterbrochen seinen Wohnsitz hatte. Dies hat zunächst zur Folge, daß alle jungen Leute bis zum Alter von 26 Jahren im Falle der Unterstützungsbefähigung der Heimathsgemeinde zugesprochen werden. So kann es vorkommen, daß ein Arbeiter, der bereits als Knabe von 14 Jahren in die Stadt gewandert ist, nach 10 bis 12 Jahre später im Unterstützungsfalle seiner ländlichen Heimathsgemeinde zugewiesen wird. Noch mehr aber: bei der Beweglichkeit der gewerblichen Arbeiterbevölkerung ereignet es sich nur zu häufig, daß auch nach vollendetem 24. Lebensjahre ein Arbeiter nicht zwei Jahre ununterbrochen an demselben Orte bleibt und daß er dann, wenn etwa die Arbeit schlecht geht, sich in seine

alte Heimat zurückzieht, welche schließlich für ihn zu sorgen hat. Diesen Uebelständen wird wesentlich abgeholfen werden, wenn man die Aufenthaltswohnsitz für die Erwerbung des neuen Unterstützungswohnsitzes von 2 Jahren auf 1 Jahr und den Termin des vollendeten 24. Lebensjahres übereinstimmend mit dem Großjährigkeitstermine auf das vollendete 21. Lebensjahr herabsetzt. Nach dem gegenwärtig durch die Presse laufenden Nachrichten steht nun allerdings eine Revisionsvorlage in Aussicht, doch heißt es, dieselbe werde sich auf die Verlegung des Termins vom vollendeten 21. auf das vollendete 21. Lebensjahr beschränken, von der Reducirung der Aufenthaltswohnsitzdauer aber absehen. Dies wäre sehr zu bedauern. Von liberaler Seite wurde bereits bei der ursprünglichen Verathung des Gesetzes die einjährige Aufenthaltswohnsitzdauer verdrängt. Die Bestimmung von zwei Jahren ist lediglich eine Concession an die Kleinstaaten, welche ihrerseits sogar drei Jahre verlangten.“

Nicht blos auf dem Land, auch in den Städten zeigt sich die Abjuridität, Ungerechtigkeit, ja Grausamkeit der heutigen Gesetzgebung betr. den Unterstützungswohnsitz. Es gibt nur ein radikales Mittel, um diesen Mißständen abzuhelfen, und das ist die Erklärung der Armenunterstützung zur Staatssache und die Einführung der im sozialistischen Programm geforderten Einen Steuer für Staat und Gemeinde. Damit fällt die ganze Frage des Unterstützungswohnsitzes weg; die Unterstützung ist Sache der Allgemeinheit, die Last vertheilt sich auf alle Steuerzahler und es ist für dieselben völlig gleichgültig, wo der zu Unterstützende sich aufhält. Keine Gemeinde braucht dann noch zu fürchten, benachtheiligt zu werden. Jede andere „Lösung“ ist eitel Pfluscherei.

— Ein wahres Wort ist dem Berliner Reptil erster Klasse, der „Post“ entchlüpft. In einem Artikel über die Wahlen sagte sie neulich:

„Die Führer unserer politischen Parteien kümmern sich zu wenig um das Volk und glauben das Höchste gethan zu haben, wenn sie einmal einen Vortrag halten, oder bei einer Wahlversammlung einen Bericht erstatten.“

„Sehr richtig“ bemerken dazu in tomischer Zerknirschtheit die nationalliberalen Blätter, welche die Keuschung abgedruckt haben. Also, „die Führer unserer politischen Parteien“, d. h. der herrschenden reaktionär-liberalen Parteien, kümmern sich zu wenig um das Volk“. Ein schönes Geständniß. Jedoch nicht ganz wahr. „Zu wenig“ sollen sie sich um das Volk kümmern? Wenn's gilt, das Volk auszuzugeln und zu scheeren, dann kümmern sie sich nur zu viel um das Volk. Und wenn es gilt, etwas für das Volk zu thun, dann kümmern sie sich gar nicht um's Volk. —

— Ueber das Elend im preussischen Lehrerstande ist schon unglücklich viel geschrieben, gemauert und geschimpft worden; zur Besserung der jammervollen Verhältnisse hat man es, wie folgende von der „Pädagogischen Zeitung“ mitgetheilte Thatsache zeigt, immer noch nicht gebracht. Der 71jährige Lehrer Sch. in J. bei Ludenwalde wurde zum 1. Oktober v. J. kurz vor dem Termine seines 50jährigen Amtsjubiläums mit — 115 Thlr. 20 Gr. jährlich pensionirt. In der Gemeinde J. hatte er 42 Jahre hindereinander gewirkt. Die Bitte, noch kurze Zeit länger im Amte bleiben zu dürfen, um sein wohlverdientes Jubiläum feiern zu können, wurde ihm im Kultusministerium mündlich gewährt, schriftlich aber bald darauf von der Regierung zu Potsdam abgeschlagen, ebenso seine Petition, das zum Leben und zum Sterben nicht ausreichende Ruhegehalt um etwas zu erhöhen. Von dieser Pension, die der Amtsnachfolger zu tragen hat, hat nun der alte Mann bis heutigen Tages keinen Pfennig erhalten. Sein Amtsnachfolger will die erste Rate am 1. Juli c., also dreiviertel Jahre nach seines Vorgängers Scheiden aus dem Amte zahlen. Die Gemeinde J. lehnte die vorläufige Zahlung ab, weil nichts in der Schulkasse sei, seine Eingabe an die Regierung zu Potsdam aber blieb ohne Antwort. Der alte Mann hat deshalb sein bißchen Habe veräußern müssen und sucht jetzt hier in Berlin nach fünfzigjähriger Lehrerbethätigung vergeblich nach einem andern Broterwerb. — Wenn der Mann noch nicht verhungert ist, so ist die offizielle preussische Kultur und Humanität gewiß nicht schuld daran. Schlimmer als einen alten Haushund, dem jeder halbwegs fühlende Mensch für treue Dienste das Gnadenbrod giebt, ist der treue Diener des Staats jedenfalls behandelt worden. Wie dergleichen Fälle, welche doch sicherlich geeignet sind, das Gemüth auch des zahmsten Staatsbürgers in regierungsfeindliche Aufregung zu versetzen, immer noch möglich sind, obgleich ja doch — nach Bismard — der

Herr v. Puttkammer.

II.

(Fortsetzung.)

Noch eine Stelle! „Mit rabulistischer Spitzfindigkeit weiß er den Wortlaut der Gesetze für sich zur Geltung zu bringen und hätte bei seiner völlig ausreichenden Gesetzeskenntniß und nach den ihm auf seine Beschwerden gewordenen Bescheiden sich gar nicht verhehlen können, daß seine alles Maß überschreitenden Schmähungen gegen Beamte unwichtig sind, wenn er eben im Stande wäre, richtig zu denken. Vollends kennzeichnet sich sein Zustand in seinen endlosen Eingaben und Beschwerden über den Kreisrichter Friedel, über seine Internirung, über die Einziehung seiner Pension u. s. w. Der Dr. Ideler hat als erfahrener Irrenarzt ausgesprochen: Es genügt, nur seine Auslassungen über den (jetigen) Stadtrath Friedel zu hören, um sich von dem Bestehen ausgeprägter Wahnsinne zu überzeugen.“

Dieser Dr. Ideler stellt alle Autoritäten mit seinem Ausspruch in den Schatten. Das will ein Arzt sein, der über den Geisteszustand eines Menschen zu urtheilen vermag! Wir registriren hier weiter nichts als die „rabulistische Spitzfindigkeit“ und die „böllig ausreichende Gesetzeskenntniß“.

Jetzt noch eine kurze Schlussbetrachtung!

Herr v. Puttkammer ist nach dem einstimmigen Urtheile aller Aerzte ein gebildeter Mensch, dessen Scharfsinn nach dem Erkenntniß bis zu rabulistischer Spitzfindigkeit in Auslegung der ihm wohlbekannten Gesetze entwidelt ist. Er ist weiter ein Mann, der die peinlichste Rücksicht auf sein Recht und seine Ehre fordert. Ihm sind, wie das Erkenntniß selbst zugestehen muß, zahlreiche Rechtskränkungen zugefügt. Seine Beschwerden, die bei seiner ausreichenden Gesetzeskenntniß und seinem Scharfsinn nicht gut ganz unbegründet sein können, schossen ihm kein Recht, Vermögensschädigungen gesellen sich zu den gewöhnlichen Rechtskränkungen, welche speziell seine Ehre berühren, er wird bitterer in seinen Beschwerden, je weniger sie einen Erfolg erzielen, und das Ende vom Dingen ist: der Wunderdoktor Friedel taucht auf, sammelt Material und bringt das Blödsinnigkeitsverfahren in Gang. Eine so sein angelegte Natur wie Herr v. Puttkammer muß wohl ein solches Vorgehen auf das Tiefste empören, er leistet verzweifelter Widerstand, doch vergeblich ist sein Ringen, ohne jedes Recht wird er mehrfach internirt, bis es endlich ge-

lingt, den Explorationstermin abzuhalten und ihn für blödsinnig zu erklären. Eine traurige Rolle spielen dabei im Allgemeinen die Sachverständigen. Nummer Eins: Herr Friedel, der medizinische Kreisrichter! Nummer Zwei: Dr. Rind, der den vergeblichen Versuch machte, Herrn v. Puttkammer zu sprechen, dann der Autorität Prof. Dr. Vilmann den Vortritt läßt, welcher, ohne den Provolaten jemals gesehen zu haben, auf Grund der vorhandenen Schriftstücke krankhafte Störungen seiner Geisteskräfte constatirt. Dr. Rind geht jetzt müthig einen Schritt weiter und erklärt — der Auffassung seines Freundes Friedel entsprechend — ohne den Provolaten gesehen zu haben, auf Grund der „bekannten Schriftstücke“, daß Herr v. Puttkammer am Querulanten- und Verfolgungswahn leide, und daß „die Gemeingefährlichkeit der Angriffe desselben evident sei“ und daß eine Untersuchung des Gemüthszustandes desselben dringend geboten sei. Darauf erklärt Prof. Westphal Herrn v. Puttkammer für unheilbar blödsinnig, aber nicht gemeingefährlich, während der Chef des Herrn Westphal, Dr. Effe, Herrn v. Puttkammer für gesund erklärte und aus der Charité entließ. Darauf wird Herr v. Puttkammer wieder (November 1873) von Professor Westphal für unheilbar blödsinnig erachtet, ihm schließt sich Dr. Ideler an. Darauf wird der Stadtphysikus Dr. Roblant aufgeboten, dieser — ohne Herrn v. Puttkammer je gesehen zu haben — gab sein Urtheil dahin ab, „daß die Gemeingefährlichkeit zwar nicht in Ansehung des augenblicklichen Verhaltens, wohl aber der Möglichkeit bez. Wahrscheinlichkeit gemeinschaftlicher Aeußerungen der Wahnsinne zu befürchten“ sei. Herr Dr. Höppler, der alte Hausarzt des Herrn v. Puttkammer, weist die diesem nachgelagte Geisteskrankheit als unerwiesene Behauptung zurück und fährt seinerseits aus, daß Herr v. Puttkammer durchaus nicht an Wahnsinne leide, sondern wirklich sein Recht verfolge. Diesem bedenklichen Gutachten tritt wieder Dr. Lehnerdt gegenüber, er hat Herrn v. Puttkammer einmal gesehen. Sein Gutachten gipfelt in der Ausführung, daß es nicht auf die Menge der Prozesse, sondern auf den darin gegen die Beamten und Behörden angeschlagenen Ton ankomme. Das Medizinal-Collegium tritt ihm bei und in beiden Instanzen wird Herr v. Puttkammer als blödsinnig erklärt — trotz seines gerichtlich anerkannten Scharfsinns, seiner ausreichenden Gesetzeskenntniß und seiner rabulistischen Spitzfindigkeit! — Erwähnen wir noch, daß auch der Direktor des Charlottenburger Krankenhauses, Dr. Alte,

Herrn v. Puttkammer als gesund erklärte, ebenso der Irrenarzt Dr. Ritterfeld. Dr. Höppler hatte geglaubt, seine Behauptung, v. Puttkammer besinde sich in seinem Rechte, würde zu einer eingehenden juristischen Untersuchung der v. Puttkammer'schen Vorgeschichte führen, kein Gutachten bringt juristische Beweise von der Schwachsinigkeit v. Puttkammer's. Man hat sie wohl behauptet, aber nirgends in überzeugender Weise bewiesen. Das Gerücht hat einen Berg von Material vor sich, man sollte meinen, die Last müßte Herrn v. Puttkammer erdrücken, aber der Berg gebar nur eine winzige Maus. Je weiter der Richter in seinem Erkenntniß kam, um so haltloser wurde seine Stellung. Er kann den ehrenhaften Charakter v. Puttkammer's, ein höchwichtiges Moment, nicht bestreiten, er muß seiner Geisteskraft — wenn auch wider Willen — hohes Lob zollen, das verübte Unrecht zugeben, und man gewinnt beim Lesen des Erkenntnisses den Eindruck, daß es dem Kammergericht doch nicht so ganz leicht geworden, Herrn v. Puttkammer als blödsinnig zu erklären. Das Material schwindet ihm unter der Hand, es muß den Köller'schen Brief und seine Zeitungsartikel citiren und den Kern der Sache — das ganze Verfahren charakterisirend — bloßlegen: „Wer als Offizier so vollständig die Elementarbegriffe der Disziplin vergesen kann, der kann nicht bei gefunden Sinnen sein!“ Mit anderen Worten dasselbe, was wir früher im „Vollstaats“ gesagt: „Wer beim Militär auf die Verfolgung verfassungsmäßiger Rechte bestehen kann, der gilt in den Augen des Volkes als verrückt!“ Wie das Medizinal-Collegium verwerthet der Richter auch die Ehrjurisdictionsverletzung gegen den König!

(Schluß folgt.)

Ein Traum.

Wenn man in der Kerkerzelle Auf das Lager nächlich sinkt, Wenn nicht mehr des Tages Helle In dem müden Auge dringt: Ach, dann werden die Gedanken Und die Wünsche alle laut, Und durchbrechen oft die Schranken, Die die Wirklichkeit gebaut!

So sah ich auch jüngst im Traume Freiheit, Gleichheit, Fröhlichkeit Auf dem ganzen Erdennamen Bei den Menschen weit und breit.

Entlassungsminister Hoff kein dickfelliger Minister sein kann, begreifen wir wirklich nicht recht. Es kann doch wohl schwerlich der hohen preussischen Staatsmänner einziges Streben sein, für uns Reichs- und Regierungseinde unaufhörlich Propaganda zu machen!

— Eine Parallele. Das schweizerische Militärdepartement hat an die Waffen- und Abtheilungschefs und an die Commandanten der Armeedivisionen folgende beachtenswerthe Kreisbriefe erlassen: „Es hat sich beim Instruktionsdienst unserer Truppen die Praxis eingeschlichen, in vorkommenden Fällen verschiedene Arten von Disziplinarstrafen zur Anwendung zu bringen, welche im Bundesgesetz über die Strafrechtspflege für die eidgenössischen Truppen vom 27. August 1851 nicht vorgegeben worden sind, so z. B. das außerordentliche Tragen des Tornisters oder des Mantels, übermäßiges Marschiren, Verdrängen von Arbeiten im Quartier, welche sonst den Truppen nicht zukommen, von eigentlich roher Behandlung anderer Art nicht zu sprechen. Ferner werden einzelne, an sich nach dem Gesetz zulässige Strafen in einer Weise ausgeübt, welche nicht erlaubt ist. In letztere Kategorie gehört die Strafwaage, welche blos durch den jeweiligen Postchef und in beschränkter Dauer auferlegt werden darf. Ausschreitungen in den bezeichneten Richtungen können unter Umständen sogar der Gesundheit des Betroffenen nachtheilig werden, jedenfalls verletzen sie weit eher das Selbstgefühl des Mannes und reizen ihn zum Widerstand, als daß sie seine Besserung bewirken, was doch der Hauptzweck der Strafe sein soll. Wir sehen uns daher veranlaßt, zu verfügen: 1) es dürfen im Heer keine Disziplinarstrafen angewendet werden, welche im Militärstrafgesetz nicht vorgegeben sind, 2) die zulässigen Strafen sind im Sinne des Gesetzes selbst zu verhängen und nicht in einer schädlichen und daher unstatthafter Weise zu bemessen, 3) die Form der Bestrafung soll das Selbstgefühl des Behafteten möglichst schonen.“

Wer, der kein Barbar ist, ist nicht einverstanden mit diesem Erlaß? Aber nun thut man mit uns einen Blick in das Soldatenleben, wie es bei uns im „hochcivilisirten“ Deutschland in seiner ganzen Grauehaftigkeit sich darstellt, und lese, was die „Berliner Freie Presse“ über dieses Kapitel zu erzählen weiß. „Thränen und Augen und blutenden Herzens“, sagt das genannte Blatt, „beichte uns kürzlich eine Mutter, deren Sohn zur Zeit in den Reihen der Vaterlandsverteidiger steht, und übergab uns mehrere Briefe mit der Bitte, ihren Inhalt vor die Öffentlichkeit zu bringen.“

Wir thun das um so lieber, als die darin angegebenen Thatsachen wohl im Stande sind, über manche verzweifelte That, wie sie unter den Soldaten nur zu häufig vorkommt, ein erklärendes Licht zu werfen und weil wir hoffen, daß seitens der betreffenden Behörde sofort Abhilfe geschafft werden wird.

Den Briefen entnehmen wir folgende Stellen:

„Liebe Mutter!
Wenn man blos nicht so — behandelt würde, Du kannst Dir so einen kleinen Begriff davon machen, denn unser Unteroffizier hat über einen Kameraden sein Seitengewehr entzwei geschlagen.“

Und auf der folgenden Seite:
„Liebe Mutter!
Ich muß den Brief nochmals öffnen, denn ich habe schon wieder einen ganz geschwollenen Arm und daß ich, wenn es noch schlimmer wird, ins Lazareth gehen werde. So viel kann ich Dir sagen, daß Sklaven nicht anders behandelt werden, als wir hier.“

Der zweite Brief lautet:

„Liebe Mutter!
Du schreibst, ob wir einig unter uns wären, da kannst Du nur ganz versichert sein, daß, wenn wir gefragt würden, wir alle die Wahrheit sagen werden. Mit dem Seitengewehr schlug er mich und dann meinen Kameraden D. über den Rücken, und da brach es entzwei. Du kannst gewiß sein, daß wir einig sind. Die Schulter hat der Unteroffizier mir diesmal auch wieder zertrümmert. Liebe Mutter! Es wundert mich überhaupt, daß Du den Brief von meinem Freund F. noch nicht erhalten hast; es ist der, dessen Eltern in der Greifswalderstraße wohnen, den hatte ich am Mittwoch, als ich ins Lazareth kam, gebeten, für mich zu schreiben. Mein Arm war so dick wie eine Baute bis zum Ellenbogen. Heute geht es schon wieder besser. Viele Grüße.“

Dem dritten Schreiben entnehmen wir folgenden Paßus:

„Liebe Mutter!
Es geht mir gerade nicht vom Besten, denn der Unteroffizier

Und ich dacht', wie mag es heißen,
Dieses Land, in dem du bist?
(Denn ich wußte, daß in Preußen
Nur das Schwer zu finden ist!)

Und indem ich noch so stehe
Kommt des Wegs daher ein Mann
Von der Arbeit, wie ich sehe;
Diesen sprech' ich höflich an:

„Ach, Sie werden es verzeihen,
Daß ich Sie, als Fremdling hier,
Störe mit der Bitte, zu leihen
Ein paar Augenblicke mir.“

Doch ich kann mir nicht versagen,
Da ich Biele anders seh'
Als bei mir zu Haus, zu fragen,
Auf weß' Boden ich hier seh'?

Welchen Gott man hier verehret,
Welcher Adle hier Regent,
Welchem Herrn das Land gehört,
Das nicht Roth, noch Elend kennt?“

Lächelnd hört der Mann die Worte
Bis zu Ende an und spricht:
„Nieder Freund, an diesem Orte
Kannst man solche Dinge nicht!“

Doch ich weiß, es steht zu lesen
In den Büchern, die und alt,
Daß da Könige gewesen
Mit despotischer Gewalt.“

Die geherrscht in diesem Lande,
(Und auch anderwärts, wie's heißt),
Daß da Priester schlagen Bande
Um der Menschen freien Geist,
Kaule Schlemmer das verprahten,
Was vom Volk erworben war,
Und aus Klaffen nur und Kasten
Einst bestand der Menschen Schaar!

Doch verschollen sind sie alle,
Ihre Zeit ist längst dahin,
Und wohin dein Blick auch walle
Herrscht jetzt Freiheit, Bruderinn!
Allen ist der Boden eigen,
Und kein Herr ist und kein Knecht;
Wer mit uns will Gutes zeugen,
Der genießt auch gleiches Recht!

hat mir den Arm wieder ganz dick geschlagen, viel schlimmer als das vorige Mal; es ist gar nicht zu beschreiben. Du kannst Dir so einen kleinen Begriff machen, wenn ich Dir schreibe, daß er vorigen Sonntag sein Seitengewehr über uns zertrümmert hat, und da kannst Du Dir wohl denken, daß ich des Lebens überdrüssig bin, denn in einer Sklaverei kann man nicht toller behandelt werden.“

Das ist ein mehr als trauriges Bild, welches sich da vor unseren Augen entrollt, und eine solche Behandlungsweise erscheint kaum glaublich. Doch wir haben direkte Zeugen von der Wahrheit der Thatsachen: der Bruder des Gemißhandelten hat ihn bei einem Besuche noch in einem Zustande gefunden, der ihm Thranen der Scham und der Wuth entlockte, und ein Onkel desselben schildert seinen Besuch folgendermaßen:

„Am 31. Dezember v. J. reiste ich nach B., um meinen Neffen zu besuchen. Ich traf ihn gerade beim Waschen, wo er das Hemde ausgezogen hatte, und sah, daß die rechte Schulter gelb und blau war; das eine Schulterblatt war schwarz und mit Blut unterlaufen, und er selbst klagte noch sehr über Schmerzen und sagte, daß er selbst schon acht Tage Schwerer gehabt habe; auch bemerkte ich noch am ganzen Arme blaue Flecke, die nach meinem Gutachten vom Kneifen herühren können.“

Kann man sich Angesichts solcher Vorkommnisse — und sie sind keine seltene Ausnahme, im Gegentheil, sie sind häufig — noch wundern über die massenhaften Selbstmorde und Desertionen im deutschen Heere? Und muß es nicht jedes Menschen Pflicht sein, für Beseitigung einer Institution zu wirken, die, um überhaupt bestehen zu können, die Menschlichkeit und Menschenwürde verpönt, ja verpönet muß? Wir dächten ja!

— „Die Maschine schlägt den Arbeiter todt“, lautet ein bekanntes englisches Sprichwort. Ein treffendes Schlaglicht wirft hierauf folgende uns gewordene Nachricht: „Einen Umschwung in der Sammtfabrikation wird eine soeben der „Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert und Comp.“ in Frankenthal patentirte, von ihr erfundene Sammtfärbemaschine hervordringen. Bisher wurde der Sammt nämlich von der Hand gefärbt, und war ein dazu eigens geübter Mann im Stande, pro Tag 60 Meter zu färben. Durch die neu erfundene Maschine können dagegen pro Tag mindestens 600 Meter gefärbt werden, die Farberzeugung und Verteilung wird viel gleichmäßiger vollzogen und ist überdies ein Mann in der Lage, vier Maschinen gleichzeitig zu bedienen und somit nahezu 2500 Meter Sammt besser zu färben, als dies bisher möglich war. Wir haben die Konstruktion dieser äußerst sinnreichen Maschine gesehen und finden in der nunmehr ermöglichten billigen Herstellung gefärbter Sammte einen nennenswerthen Fortschritt für die Fabrikation deutscher Sammte, welche durch diese Erfindung viel konkurrenzfähiger werden. Wie wir hören, sollen die Erfinder dieser Maschine die Absicht haben, sofort nach Vergrößerung ihres Etablissements den Bau mehrerer Sammtfärbemaschinen in Angriff zu nehmen, wenn ihnen nicht günstige Gelegenheit zum Verkauf ihres Erfindungspatentes geboten wird.“ Fragen wir nun, welche soziale Tragweite diese Erfindung haben wird, so ist die Antwort: da die Menge des zu färbenden Sammtes unabhängig von der Erfindung die gleiche bleiben wird, so werden von 40 Arbeitern 39 brodblos werden und die Fabrikanten die Löhne derselben zum Kapitalgewinn schlagen. So sinnreich diese Maschine ist, so wohlthätig sie in einer sozialistischen Gesellschaft wirken würde, so verderbenbringend ist sie in der heutigen Gesellschaft für die Arbeiter.

— Sind keine Staatsanwälte da? Einer der berichtigsten der berichtigten Gummiartikel-Vieferanten, Herr F. W. Gärtle, Hamburg, fährt fort, uns mit seinen unflätigen Annoncen zu belästigen. Was die „Artifel“ des Gärtle und seiner Spießgesellen sind, wissen die Herren Staatsanwälte so gut wie wir. Daß der Verkauf dieser Artikel und die Aufforderung zum Kauf derselben unter das Strafgesetzbuch fällt, wissen sie ebenfalls so gut wie wir. Warum schreiben sie nicht ein? Jeder Hamburger Briefträger findet den Gärtle; warum finden die Staatsanwälte ihn nicht? Und Sie, Herr Lessendorff! Haben Sie nicht Lust, dieses „Hähnchen“ zu pflücken? Daß der Gärtle in Hamburg wohnt, ist für Sie ja kein Hinderniß. Weib, Auer und Derossi wohnen auch in Hamburg, und doch — Sie verstehen uns schon. Oder sollten etwa Weib, Auer und Derossi „die sittlichen Grundlagen der Gesellschaft“ mehr bedrohen als dieser Gärtle? Selbst Sie werden das nicht behaupten. Also frisch auf zum fröhlichen Jagen auf die Gummiartikel-Hallunken,

Haben Fürsten nicht, Paläste,
Keinen Höhenaltar mehr,
Keine Mord- und Schlachtenfeste
Und kein ruhmgelocktes Heer!
Keine Kerker, keine Ketten,
Keine Grenzen — — Brüder nur
Bohnen jetzt an diesen Stätten,
Auf der Erde goldner Flur!

Wilst Du sein mit uns im Bunde,
Kun, so sei willkommen hier! —
Frech mocht' ich ob dieser Kunde
Jauchzen, — — doch da knarrt die Thür
Ganz in meiner nächsten Nähe,
Ich erwache, und — o weh!
An dem Fensterkreuz ich sehe,
Daß ich träumt' in — — Blüthensee!

Julius Heiland.

— Etwas aus dem „Staate der Intelligenz“. Die Ergebnisse der letzten Volkszählung constatirten die Thatsache, daß etwa ein Zehntel aller männlichen Bewohner Preußens und ein noch größerer Prozentsatz weiblicher Bewohner im Alter von 10 und mehr Jahren ohne alle Schulbildung ist, ja nicht einmal lesen und schreiben kann. Unter den 18,576,801 über 10 Jahre alten Bewohnern des preussischen Staates befanden sich 2,260,277 Analphabeten (des Lesens und Schreibens Unkundige), also über 20 Proz., wovon 863,843 auf die männliche und 1,396,434 auf die weibliche Bevölkerung kommen. Am schlimmsten sieht es allerdings in der Provinz Posen aus mit 1,146,668 Einwohnern und 420,090 Analphabeten; dann folgt die Provinz Preußen mit 2,323,000 Einwohnern und 769,692 Analphabeten; dann Schlesien mit 2,797,050 Einwohnern und 392,406 Analphabeten; die Rheinprovinz mit 2,701,651 Einwohnern und 196,741 Analphabeten. In der Rheinprovinz ist der Unterschied zwischen den beiden Geschlechtern bemerkenswerth; denn während die Männer nur 65,442 unter sich zählen, denen die elementarische Schulbildung abgeht, erhöht sich diese Zahl bei den Frauen auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 131,293. Sogar in dem altpreussischen Stammlande, der Mark Brandenburg, bleibt nur zu viel zu wünschen übrig; denn von 2,256,965 Personen können 123,167 weder lesen noch schreiben, und selbst in Berlin, der „Metropole der Intelligenz“, erklärten unter 967,937 einschlägigen Personen 4108 männlichen und 9468 weiblichen Geschlechts ohne alle und jede Schulbildung.

und, brauchen Sie ein Beweisstück, die uns zuletzt zugegangene Annonce steht Ihnen sammt Adresse etc. zur Verfügung. Kann man entgegenkommender sein, Herr Lessendorff? Freilich, wüßten wir Sie sich nicht. Was thut man nicht für seinen besten Freund?

— Nothstand in Frankreich. In einer Pariser Correspondenz des „Vorwärts“, welche vor leichtsinnigem Wandern nach Frankreich warnte, wurde im vergangenen Jahr schon darauf hingewiesen, daß auch in Frankreich viele Geschäftsbranchen darniederliegen und unter der Arbeiterbevölkerung großer Nothstand herrsche. Seitdem hat sich dies im vollsten Maße bestätigt. Namentlich aus Lyon, der Hauptindustriestadt, laufen trostlose Nachrichten ein. Der Pariser „Coenement“ bringt folgende Correspondenz aus Lyon (d. d. 30. Januar): „Alle Welt spricht hier nur von der Krise, die aus unserer wichtigsten Industrie (Seidenweberei) lastet. Eine Menge von Webstühlen ruht. Die Fabrikanten haben versprochen, nach Kräften für Abhilfe zu sorgen; so haben sie auch schon einen bedeutenden Theil der Arbeit, die sie sonst auf dem Lande besorgen ließen, in die Stadt verlegt, was für sie mit einer bedeutenden Mehrausgabe verbunden ist. Da indeß die Handelswelt glaubt, daß die Krise diesmal von längerer Dauer sein werde, so sucht man auf wirksamere Mittel. Im Jahre 1848 setzte man eine Prämie für die Fabrikanten aus, welche sogenannte „Coffres de Placard“ herstellen wollten, d. i. Stoffe, welche speziell auf den erotischen (ausländischen) Geschmack oder sonst auf die Bedürfnisse fremder Länder berechnet waren; das hat aber bei den gegenwärtigen Verbindungen, welche die Moden von Paris aus im Ru über die ganze Welt verbreiten, keinen Werth mehr, und wäre sogar sehr gewagt. Man sieht sich also auf das doppelte Auskunfts-mittel angewiesen, den Nothdürftigen in ihrer Wohnung Unterstüpfungen zu gewähren und den zahlreichen unbeschäftigten Seidenwebern irgendwelche Arbeiten zu verschaffen. Die Lyoner Seidenweberei beschäftigt nach den competentesten Schätzungen circa 35,000 Personen beiderlei Geschlechts. Ein Drittel davon sind Werkführer und diese können die Krise allenfalls aus eigenen Mitteln aushalten; ein zweites Drittel dürfte einseitigen anderweitig sein Brot finden, und es blieben dann also noch täglich 10 bis 12,000 Personen zu unterstützen. Der Gemeinderath hat am 3. d. M. 200,000 Francs votirt, nicht, wie die Blätter gemeldet haben, zur direkten Verteilung unter die Armen, sondern für gewisse Erdarbeiten, die nicht dringlich waren und unter anderen Umständen unterlassen worden wären. Das ist aber nur eine sehr unzulängliche Hilfsquelle; nimmt man an, daß von jenen 12,000 Personen der Mann mindestens 1 Franc, die Frau 50 Centimen und das Kind 25 Centimen pro Tag brauchen, so ist das im Durchschnitt eine Ausgabe von 10,000 Francs täglich und 300,000 Francs monatlich, und die Krise kann sich noch sehr in die Länge ziehen. Es regte sich denn auch in unserer, wegen ihres Wohlthätigkeitssinnes berühmten Stadt die Privatinitiative von allen Seiten.“

Nun, die „Privatinitiative“ wird nicht viel nützen. Wenn obige Ziffern correct sind (und da der Briefschreiber kein Interesse hat zu übertreiben — eher das Gegenteil — ist dies nicht zu bezweifeln), so stößt die Seidenweberei jetzt vollstäudig; die sämtlichen, der Unterstützung bedürftigen Seidenweber aus Privatmitteln genügend zu unterstützen, ist aber einfach unmöglich. Und man muß bedenken, daß die Stockung des Industriezweigs, von dem Lyon wesentlich lebt, die in den übrigen Industriezweigen Beschäftigten, und namentlich auch das Kleinbürgertum (Kramer und Handwerker) mehr oder weniger affizirt und in den Strudel der Krise hineinreißt. Seitens der Gemeinde könnte allerdings wirksame Hilfe geleistet werden, jedoch nicht durch schlechtbezahlte Erdarbeiten, zu denen die schwächlichen Weber durchaus nicht geeignet sind. Aber den reichen Bourgeois, welche die Verwaltung der Gemeinde in der Hand haben, wird es nicht einfallen, tief in den mit „Arbeitergroßen“ gefüllten Geldbeutel zu greifen und einmal etwas Neuenwerthes für Die zu thun, denen sie ihren Reichtum verdanken. Die Arbeiter mögen sehen, wie sie durchkommen. Solche „Krisen“ gehören eben zu unserer schönen „Gesellschaftsordnung“. (Wie wir nachträglich erfahren, wird die Angelegenheit in den nächsten Tagen vor die französische Kammer gebracht, wohin sie auch gehört. Eine Interpellation hat bereits stattgefunden.)

— Der Reichstag ist auf den 22. ds. Mts. zusammenberufen.

— Die Nachwahl im Glauchau-Meerauer Bezirk wird am 22. ds. Mts. stattfinden. Die „reaktionäre Masse“ hat dort den bekannten Birnbäum von Bismarck als Durchfallcandidat aufgestellt. Eine vortreffliche Wahl. Wozu sind die Birnbäume denn da, als um geschüttelt zu werden?

— Seit Anfang dieses Monats erscheint in Halberstadt ein neues Parteiorgan unter dem Titel: „Halberstädter Freie Presse“. Es ist das unseres Wissens der erste Zuwachs, welchen im Laufe dieses Jahres die sozialistische Presse zu verzeichnen hat. Das Blatt erscheint vorläufig monatlich zweimal und kostet vierteljährlich 50 Pfg. Wir wünschen der „Halberstädter Freien Presse“ das beste Gedeihen.

Erklärung.

In Rasch's Abfertigung der „Antwort eines Deutschen etc.“ (Schaible's) wird Nr. 5 des „Vorwärts“ von der gegen Karl Vogt erhobenen Anklage (daß er sich an Louis Bonaparte, resp. den „Roten Prinzen“, verkauft) als von einer „plattten und nichtswürdigen Beschuldigung“ gesprochen. Dr. Rasch hat offenbar die Marx'sche Schrift: „Herr Vogt“ nicht gelesen, sonst müßte er wissen, daß die Beschuldigung weder „platt“, noch „nichtswürdig“, sondern durchaus begründet war, wie denn auch nach dem Fall des Empire die Beweise in den Tuileries gefunden wurden.

(In den offiziell, im Auftrag der Französischen Regierung veröffentlichten „Papiers et Correspondance de la famille imperiale“ [„Papiere und Correspondenz der kaiserlichen Familie“] findet sich in der Rubrik der alphabetisch aufgezählten Empfänger bonaparte'scher Gelder unter dem Buchstaben V wörtlich:

„Vogt; il lui est remis en août 1859 40,000 Fr.“

Zu Deutsch:

„Vogt; empfing im August 1859 40,000 Francs.“

S. „Volkstaat“ Nr. 31 v. J. 1871.)

Die Replik Rasch's wurde in meiner Abwesenheit veröffentlicht, und im Drang der Wahlagitazion bis jetzt von mir übersehen.

Leipzig, den 7. Febr. 1877.

B. Liebknecht.

Correspondenzen.

Geyer, 30. Januar. Nachdem nun wohl auf allen Punkten des weiten Kampfgebietes die Wahlkämpfe ausgekämpft und zu Gunsten der einen oder andern Partei entschieden ist, will ich die hauptsächlichsten Vorkommnisse des Kampfes in unserm 19. Wahlkreise berichten. Ich betrachte diesen Kampf als den härtesten, den wir hier seither bestanden haben, denn nie sind die Gegner so planmäßig und energisch in's Zeug gegangen als diesmal. Freilich, es war auch das erste Mal, daß wir weitlich ohne äußere Unterstützung waren, weil wir auf eigenen Füßen stehen wollten. Der Sieg ist deshalb für uns um so bedeutungsvoller, er hat uns jedoch auch gelehrt, nie den Gegner zu unterschätzen. Den unvermeidlichen Fortschrittler Rintow hielten jedenfalls die Gegner selbst für abgenüht und stellten deshalb eine in der parlamentarischen Kampfbahn völlig unbekannte Größe, den Baumeister Uhlmann aus Stollberg, als ihren Kandidaten auf. Derselbe hat denn auch mit einem Aufwand seiner Kräfte, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, für sich und den bedrohten Fortschritt gewirkt. Im Allgemeinen befolgte er ebenfalls die feige Taktik, entweder die Gegner zu seinen Versammlungen nicht zuzulassen, oder doch nicht zu Worte kommen zu lassen. Von den vielen von unserer Seite an ihn ergangenen Einladungen ist er nur einer einzigen (in Stollberg) nachgekommen, wo er von den Referenten Motteler und Franz ebenfalls so gründlich belehrt worden ist, daß ihm die Lust zu ähnlichen Stellbildern vergangen sein mag. Er hatte es bei seiner Agitation hauptsächlich auf die Förderung des Kleinbürger- und Gewerbebestandes, der hier noch ziemlich stark vertreten ist, abgesehen, indem er ihnen bessere, dem Zustand analoge Einrichtungen versprach. Daß diese Stände einem eisernen, ökonomischen Geiße zum Opfer fallen, scheint der gute Mann nicht zu wissen. Nun, wir werden bis zu den nächsten Wahlen die Lustschloffer dieses Herrn Baumeisters in den Köpfen unserer Kleinbürger gründlich zerstören. Wir haben aber auch gesehen, daß bei einer ungeschulten, politisch urtheilslosen Masse die Taktik der Gegner, uns in ihren Versammlungen nicht zu Worte kommen zu lassen, für uns sehr nachtheilig ist. Ein neuer Anlaß für uns, die Schulung der Massen uns recht angelegen sein zu lassen, unsere Organisation zu kräftigen und auszudehnen. Die Nothwendigkeit eines ständigen Agitators und eines Parteiblattes für diesen Kreis ist im letzten Wahlkampf recht klar zu Tage getreten und schon vielfach von uns erörtert worden. Die Gründung eines Lokalblattes wird unsere nächste Sorge sein. Auswärtige Agitatoren haben diesmal außer Motteler und Albert einmal in Stollberg und Ebert einmal in Grünhain nicht mitgewirkt. Wir sind also so ziemlich auf unsere eigenen Kräfte angewiesen gewesen. Das beliebte Mandat unserer Gegner, die Wirthschaft zu beeinflussen oder einzuschränken, haben sie diesmal ebenfalls an vielen Orten und leider auch öfters mit Erfolg angewandt. Dadurch sind uns freilich 5-6 Versammlungen vereitelt worden. Der Kampf war hier und in Stollberg, von wo bereits ein Bericht eingegangen ist, wohl am heftigsten. Im Verlaufe haben die Gegner Derartiges geleistet, daß oftmals den Philistern die Haare zu Berge gestanden haben mögen. Es hat aber glücklicherweise Alles nichts geholt; sie sollen unser Joch - wie sie es nennen - nicht wieder abschütteln. Am Tage der Wahl herrschte bei uns eine wahre Helligkeit auf den Straßen und vor den Wahllokalen. Ist, Ueberredung und nöthigenfalls auch ein geschickter Griff nach dem Liebknechtzettel wurden im ausgedehntesten Maße angewandt. Am besten haben die Vergarbeiter sich gehalten, denen wir hiermit unsern besonderen Dank abzahlen; Dank auch den Stollberger, Thalheimer, Löbner und Schneeberger Genossen. Ein spaßhafter Vorfall sollte die Gegner in Löhntz retten, woselbst man den Wirth des Deutschen Hauses beeinträchtigt hatte, so daß derselbe noch in letzter Stunde sein Lokal abflügte. Als unsere Leute ihm nun androhten, Klage zu erheben, da sie schriftliche Zusage von ihm in Händen hätten, versiel man auf folgendes Auskunftsmittel, das allerdings eher einer alten Frau, als eines Mannes würdig ist: Eine Stunde ungefähr ehe die Versammlung beginnen sollte wurde die Wirthin plötzlich herbenkrank, der herbeigerufene Arzt erklärte, daß die kranke unheilbar sterben würde, wenn die Versammlung stattfände. Unter solchen Umständen mußten wir natürlich von der Versammlung absehen, dafür marschirten wir aber in's Schiefshaus und eine ungeheure Menschenmenge mit uns, um dort in gemüthlicher Unterhaltung für die Wahlen zu wirken. Unser Kandidat, Herr Liebknecht, hat vom 2. bis 9. Januar Versammlungen abgehalten: den 2. in Thalheim, den 3. in Aue, den 4. in Löhntz, den 5. in Delsnitz, den 6. in Geyer und Niederzwinitz, den 7. in Bärnschütz und Lugau, den 8. in Müllern, den 9. in Schneeberg. In Bärnschütz, Auerbach, Gernsdorf, Haslau, Jschorkau, Schneeberg, Ursprung und Alberoda sprachen Demmler, Motteler und Albert in Stollberg, Ebert in Grünhain. Die Versammlungen haben fast durchgängig einen ungemein günstigen Verlauf genommen, und hätten die Fabrikanten ihre in der jetzigen geschäftslosen Zeit doppelt fühlbare Macht nicht überall auf so rücksichtslose Weise angewendet, so würden wir noch ein weit glänzenderes Resultat verzeichnen können. Wie wäre es sonst möglich gewesen, in Aue, wo wir einen so guten Stamm Parteigenossen haben, ein so geradzug für uns klägliches Resultat zu erzielen. Außer Aue hat noch Zwönitz (Stadt), Elterlein und Schwarzbach schlecht für uns gewählt, in ersterem Orte haben wir jedoch diesmal ca. 70 Stimmen mehr als 1874 erhalten. Mit Hilfe eines eigenen Parteiorgans wird es uns unstreitig gelingen, auch auf diesen schwachen Punkten Boden zu gewinnen und unser Banner siegreich dort auf die Finnen zu pflanzen. Was die Gegner diesmal an Geld und sonstigen Anstrengungen aufgewendet haben, werden sie kaum je wieder leisten. Am Plage sollen sie uns aber stets finden. Dies gilt für uns wie überhaupt für ganz Sachsen; die Gegner haben, wie sie selbst sehr gut wissen, uns gegenüber ihre Siege mit den erbärmlichsten Mitteln und durch die Coalition aller offenen oder heimlichen völkseindlichen Parteien errungen. Mit Gruß und Dank an alle Genossen von Rath und Fern schließen wir mit einem herzlichen „Guttag“.

Zur Nachwahl im 8. Schleswig-holsteinischen Wahlkreise.

Unsere Gegner machen gewaltige Anstrengungen, um ihren Candidaten bei der Nachwahl durchzubringen. Sie trachten um so mehr danach, dieses Ziel zu erreichen, als damit thatsächlich unsere Partei aus der letzten Position, die sie in Schleswig-holstein noch befaß, verdrängt sein würde. Da wir leider auch in Hamburg nicht das erreicht haben, was wir erreichen wollten, so würden die norddeutschen Bourgeois uns so befriedigter auf die Thatsache hinweisen, daß es im Norden Deutschlands der Sozialdemokratie nicht gelungen sei, einen ihrer Candidaten in den Reichstag zu entsenden. Sie würden diesen ihren Sieg um so mehr ausbeuten, als sie Berlin und anderen Städten gegenüber sich damit brüsten würden, daß es ihren Anstrengungen gelungen ist, die sozialistischen Candidaten auf allen Punkten zu schlagen. Sie triumphiren denn auch schon im Voraus, indem sie meinen, die geringe Majorität, mit welcher Hasenclever diesmal im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise gewählt wurde, leicht überholen zu können. Und in der That wird es, wir dürfen uns dies nicht verhehlen, unserer größten Anstrengungen bedürfen, um uns diese Position nicht entreißen zu lassen. Es ist unbedingt nöthig, daß Jeder seine volle Schuldigkeit bis zum letzten Augenblicke thue. Niemand darf sich am Wahltag abhalten lassen, an die Wahlurne zu treten, um seine Stimme für Georg Wilhelm Hartmann abzugeben. Lasse man sich durch Nichts abhalten, dieser Pflicht zu genügen. Weder Drohungen noch Versprechungen dürfen uns hindern, dem Candidaten der Arbeiterpartei zum Siege zu verhelfen. Kein Opfer darf gescheut werden und auch die Hamburger Parteigenossen müssen durch Rath und That ihren Brüdern im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise Beistand leisten. Es bedarf aller Anstrengung zum Siege - das möge Niemand verkennen!

Aufruf an die Schuhmacher Deutschlands!

Kollegen! Schon einmal nahmen wir Gelegenheit, Euch mitzutheilen, daß der Herr Cohn und einen Lohnabzug von durchschnittlich 20 Proz. zu machen beabsichtigte, worauf wir, da die meisten von uns verheirathet, nicht eingehen konnten. Kollegen! Wenn Ihr bedenkt, daß der Lohn bei Herrn Cohn so wie so nicht der höchste war, so daß derselbe im Durchschnitt 10-11 Mark nicht übersteigt, bei Denjenigen, welche Schöharbeit machen, diese Höhe kaum erreicht hat, so werdet Ihr einsehen, daß wir uns eine weitere Reduktion nicht gefallen lassen konnten; wir haben daher beschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis wir den alten Lohn wieder erhalten haben. Wir bitten daher den Bezug von hier fernzuhalten und uns materiell zu unterstützen. Schnelle Hilfe thut noth, indem wir uns schon 14 Tage im Strike befinden. Etwasige Unterstützungen bitten wir an den Kassirer der Altonaer Gewerkschaft, Herrn Peterßen, Altona, Bürgerstraße 91, Hof, Saal 10, zu senden. Das Comité.

NB. Alle arbeitserfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Obigen gebeten.

An die Parteigenossen.

Durch die Annahme des Mandats für Dresden ist in meinem alten Wahlbezirk Glauchau-Reerane eine Neuwahl nöthig geworden, die Donnerstag, den 22. Februar, stattfinden soll. Parteigenosse W. Brause ist als Candidat aufgestellt.

Diese Nachwahl verursacht dem Bezirk bedeutende Kosten und richte ich deshalb an alle Parteigenossen die Bitte, den 17. Bezirk durch Geldmittel kräftig zu unterstützen zu wollen. Sendungen sind zu richten an Hermann Kraus, Expedition der „Glauchauer Nachrichten“, Glauchau.

Ueber die eingehenden Gelder wird Rechenschaft im „Vorwärts“ abgelegt werden. Leipzig, den 8. Februar 1877. A. Bebel.

An die Arbeiter-Gesangvereine!

Auf meine frühere Aufforderung zur Gründung eines deutschen Arbeiter-Gesangbundes haben sich bis jetzt 26 Vereine angemeldet und von mehreren Vereinen ist die Anmeldung noch in Aussicht gestellt; aber der größte Theil steht der Vereinigung noch gleichgültig gegenüber. Der hauptsächlichste Grund dazu ist in den partikularistischen Bestrebungen, welche einzelne Mitglieder und Gesangsmeister in solchen Vereinen hegen, zu suchen und denen sich die anderen Mitglieder unterordnen. Die deutschen Arbeiter haben jedoch durch ihr mannhaftes Auftreten die Aufmerksamkeit der ganzen europäischen Arbeiterbevölkerung auf sich gelenkt und überall freudige Zustimmung erhalten. Sollten die Arbeiter in dieser Sache die Gemeinsamkeit unterschätzen, welche von vielen Seiten als nothwendig anerkannt wird?

Ich fordere daher alle Männer-Gesangvereine nochmals auf, mir bis zum 1. März den Namen, Mitgliederzahl und eine Adresse ihres Vereins einzuschicken, worauf die Einladung zum Congress nebst Vorschlägen an Programm, Organisation u. erfolgen soll. Gotha. Mit Gruß Emil Saunertzig.

Wahlresultate.

Constanz. Im hiesigen Wahlkreise erhielt Liebknecht im Ganzen 43 Stimmen. 39 in der Stadt und 4 auf dem Lande. Dresden-Alstadt. Genaues Resultat: Bebel 10,835, Mayhoff 9925 Stimmen.

Ludwigshafen. Das Resultat der Wahl im hiesigen Kreise ist für unsern Candidaten: 1716 Stimmen. Im Jahre 1874 erhielt der sozialistische Candidat nur 693 Stimmen. Also ein beachtenswerther Fortschritt ist zu verzeichnen.

Im Aldeknau-Schiffberger Wahlkreise (Posen) wurde 1 Stimme für Bebel abgegeben.

Elbing-Marienburg Wahlkreis (Westpreußen). Oekonomierath D. Hausburg Berlin (liberal) 3986 Stimmen, Defan Vaber-Tiegenhagen (Merikal) 2904 Stimmen, Oberstaatsanwalt Dalsde-Marienwerder (conservativ) 2202 Stimmen, Maurer Frh. Hurlmann-Hamburg (sozialistisch) 182 Stimmen, zerplittert 8, ungültig 32, gültig 9282 Stimmen. - 1874 sozialistische Stimmen 34, davon 83 in Marienburg und 1 (Bebel) in Elbing; jetzt 105 Marienburg, 54 Elbing, 23 Landkreis ohne Agitation. Seither wurde stets ein conservativer Abgeordneter gewählt. Bei der Stichwahl erhielt der Liberale (Hausburg) aber über 10,000 Stimmen, der Merikale (Vaber) über 4600 Stimmen. Nur der vierte Theil der Bevölkerung ist katholisch.

Öffentliche Quittung.

Für den Wahlfonds habe ich seit dem 28. Januar erhalten:

- Brech d. H. Sellmer 26,10; Göttingen v. d. Hutmachergesellschaft d. Brommenmayer 12,00; Ahrensburg Liste 981 d. Hans Bolafstedt 4,35; Müll v. H. Peck 1,00; Peine d. H. Pohne 7,00; Blotho v. Rabbenhausen d. H. Kolling 2,00; Ludwigs-hafen d. W. Seel 10,00; Ederförde von einer Wählerverei. d. J. Reich 12,00; Harburg v. Arbeitern d. A. u. Herzlichen Eisengießerei d. Steffens 15,85; do. v. Arbeitern der Messerschmidt'schen Maschinenfabrik 10,30; do. v. d. Werdertafel Kasallen d. Zimmermann 50,00; Biel v. deutschen Vereinen 12,09; Ronsdorf d. Ernst Wille 60,00; Wiesel d. Christian Döringer 11 5,00; Plagwitz Liste 2040 d. C. Schröder 6,00; Beven vom deutschen Verein d. eine Lotterie 8,06; A. v. J. B. 3,50; Hock d. Rittschke 20,00; Kirchberg i. S. durch W. Schubert 1,05; Lobau i. S. von einigen Parteig. d. E. Böhrer 2,35; Kirchheimbolanden d. A. Mümm 4,61; Kirchhain Liste 3363 durch J. Wagner 5,00; Bielefeld d. H. G. 18,20; Bieren Liste 3924 d. Beuf 3,00; Altenburg von einer Schneidewerks d. Kamprach 5,00; Landshut von 3 Mitgliedern des aufgelösten Schuhm.-Z. u. A.-U.-B. d. Braun 2,00; Würzburg d. Rich. Schror

5,00; Cöln d. Jos. Gruber 20,00; Königsberg d. H. Arnold 15,35; Hellmarshausen d. Heintz Heere 3,25; Stockholm von sozialistischen Mitgliedern des deutschen Vereins d. Posnanski (zweite Rate) 8,20; Sächtele v. Th. R. 1,00; Heddingen durch Aug. Steinborn 4,00 u. 1,50 für Broschüren; Hannover durch W. Knollmann 50,00.

Aus Hamburg: W. 1,00 von H. G.; 3,98 von Peters' Nordmagerwerkstelle, Billwärderdeich, d. Wierderling; 6,00 d. Hope von drei Unbekannten; 5,20 auf Liste 12 d. Berner; 1,00 d. Colporteur Rohr; 3,70 d. Pohlmann; 8,90 Parliaments-wahlkasse von Joh. Fuchs; 21,95 auf Liste 4187 von Justus' Cig.-Fabrik durch Jacobs; 40,00 von den Schiffszimmerern auf Reihersstieg d. Jürgenjen; 8,42 Tellerjammung vom Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Verein Hamburg (vom selben Verein war die letzte Zahlung d. A. G. u. R. B.); 4,80 von Heymann's Möbelwerkstelle; 13,10 auf Liste 3941 d. Eggers; 9,30 auf Liste 4196 d. Bräuer; 2,00 d. Emil Ramde, St. Pauli; 3,00 vom Club Sparsamkeit; 3,10 zweite Rate der Liste 4192; 3,50 von Matern d. E. Reuer; 10,05 d. Ried vom Schuhmacherball; 11,70 d. Eisenach do.; 1,67 d. Weißbach do.

Für den Unterstützungs-fonds habe ich erhalten: Hamburg W. 1,00 von W. H.; Ottensen von Kolling's Cig.-Fabrik d. Kufs 10,00; Limmer von einer Tellerf. d. G. Reichenbach 15,00; Brate d. H. Stüben 4,00; Verdau d. G. Reinitz 3,05; Zeulen-roda d. K. Dähler 3,50; Panau d. R. Dabach 20,00.

Hamburg, 7. Februar 1877. August Weib, Rüdingsmarkt 12.

Briefkasten.

der Redaktion. „Warum kein Protest erhoben gegen verschiedene Wahlen?“ fragen uns „mehrere Parteigenossen“ aus Stuttgart. Warum nicht? Nun, an vielen Orten ist Protest erhoben, und an noch mehr Orten wird Protest erhoben werden. Vielleicht hilft die Anfrage dazu. - Parteigenossen in Reiden: die Correspondenz wird aufgenommen; den Artikel senden Sie uns. - V. Welschburg: Natürlich wird Ihr Wunsch berücksichtigt. - Ein Abonnent in Wiesbaden: Die Sendung „K. Courrier“ ist angekommen. Was soll damit geschehen? der Expedition. C. Penig: „R. W.“ kostet pr. 1. Quartal 1877 nebst Porto 1,60. Geld in Marken erbeten. - Abonnet in Wiesbaden: Der Jahrgang hat 18 Hefte. Jedes Heft kostet 30 Pfg., welche der Colporteur zu erheben berechtigt ist. Mehr nicht. In Wochen-nummern kostet die R. W. 1,20 pr. Du. in Hefen, also 18mal 30 Pfg. Weiteres im Briefkasten der Redaktion.

Da ich jetzt nicht mehr in Osterwieck a. S. bin, so möge man alle Briefe, „Wähler“ u. dergl. Sachen an Karl Dempel, Osterwieck a. S., Sonnenlee 441, alle Gelder für Agitation an Herrn Paul Bauer in Pagan dafelst schicken. Mit Gruß Richard Schulze.

Quittung. Frl. Radworna Ab. 1,67. Frl. Heilbrunn Ab. 3,20. Fernu Doffau Schr. 6,85. W. Erl St. Johann Schr. 15,10. Schun Galbe Ab. 6,20. Rahnich Limmer Ann. 0,80. Ulfshut hier Ann. 2,10. Arbeiterbild.-Ver. Märzschlag Ab. 0,99. Frl. Brodau Schr. 1,00. Cipp Geyer Schr. 6,00. Kirschner hier Schr. 0,72. Reichswahl-comité hier Ann. 15,00. Exped. d. „Logwacht“ Ab. 0,75. Herten hier Ab. 1,20. Ohman Dortmund Ab. 3,20. Und Hamburg d. A. G. Ab. 46,00. H. Sonneberg Schr. 3,50. Rwe Cöthen Schr. 8,30. Witzsch daf. Schr. 3,54. Kghman Hannover Schr. 3,00. Ppp Arttern Schr. 1,60.

Wahlfonds. Von einigen Schriftsetzern 0,60, von Bettin, Wohlis 1,00, durch Burdhardt 10,00. Ich fordere streng auf wer noch Sammelisten oder Geld für den Wahlfonds in Händen hat, sie an mich abzuliefern. Peter Krebs, Ulrichs-gasse 60.

Leipzig. Allgemeiner deutscher Schneiderverein. Montag, den 12. Februar, Abends 8 Uhr, im Thüringer Hof (Burgstraße): Versammlung. Tagesordnung: Neuwahl der Arbeiternachweis-Commission. Der Bevollmächtigte. Gäste willkommen.

Leipzig. Allgemeines Verkehrslokal. Mittwoch, den 14. Februar, Abends 8 Uhr: Sitzung der Controlcommission im Thüringer Hof. Zu dieser Sitzung werden sämtliche Gewerkschaftsvorstände eingeladen, Pünktliches und alleseitiges Erscheinen nothwendig. Der Obmann.

Zimmer bei Hannover. Sonnabend, 10. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Dengstmann: (R. 210) 180 Beipredung über ein Arbeiterfest und Gründung eines Wahlvereins. G. Reichenbach.

London. Am Dienstag, den 13. Februar, feiert der Com-munistische Arbeiterbildungsverein im Lokale „Man Post“, Newman Str. sein XXXVII. Stiftungsfest bestehend in Ansprachen, Gesang und deklamatorischen Vorträgen. Alle Gönner des Vereins sind hiermit freundlichst eingeladen. Es wird dringend gebeten, vor 9 Uhr am Plage zu sein, damit nicht während den Ansprachen Störungen entstehen. Das Comité.

Vollmarsdorf. Arbeiterverein. Montag, den 12. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Beder's Restauration (schiefe Gasse): Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Wittich über deutsches Städtewesen. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand. 150

Soeben erschienen und durch uns zu beziehen: Waldverwüstung und Ueberfluthung. Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage. Von Georg Volkmar. Preis pro Exemplar 15 Pfennig. Die Expedition des „Vorwärts“.

Elegante Einbanddecken für die „Neue Welt“ sind à Stück M. 1,20 gegen baar oder Nachnahme (excl. Porto) durch die Buchbinderi von G. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16, zu beziehen. Colporteurs und Filialexpeditoren erhalten bei Partie-bezug entsprechenden Rabatt. NB. Es empfiehlt sich bei Einzelbezug Einsendung von Briefmarken.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht in Leipzig. Redaktion und Expedition Fürberstraße 12/11. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.